

Geschäftsbericht des Verwaltungs- und Versicherungsgerichts des Kantons Bern = Rapport de gestion du Tribunal administratif et des assurances du canton de Berne

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport
sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1983)**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418001>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Geschäftsbericht des Verwaltungs- und Versicherungsgerichts des Kantons Bern

Rapport de gestion du Tribunal administratif et des assurances du canton de Berne

1. Gesamtgericht

1.1 Bei den voll- und nebenamtlichen Richtern des Verwaltungs- und Versicherungsgerichts ist es zu keinen Änderungen gekommen.

1.2 Das Verwaltungs- und Versicherungsgericht wählte am 22. März 1983 Fürsprecher Peter Flury zum neuen Kammer-schreiber am Versicherungsgericht an Stelle des zurückgetretenen Charles-L. Wick.

Beim Kanzleipersonal ist zu vermerken, dass Frau Monika Winkler ab 1. September Frau Irene Breitenmoser ersetzt.

2. Verwaltungsgericht

2.1 Gegenüber dem im Jahre 1982 verzeichneten Höchststand (189) sind die Eingänge im Berichtsjahr erneut, allerdings bloss geringfügig, angestiegen (193 neue Geschäfte). Von den Neueingängen entfielen bloss noch 7 (gegenüber 17 im Vorjahr) auf den Berner Jura (französische Geschäfte). Auffällig ist eine starke Zunahme der sogenannten Kompetenzkonflikte (Ziff. 1 der Statistik), d. h. der Prozesse, bei denen umstritten ist, ob sie von den Zivilgerichten oder von den Verwaltungsjustizbehörden zu beurteilen sind. Dabei handelt es sich um eine direkte Auswirkung der immer komplizierter werdenden Rechtsordnung, die es dem Bürger – aber auch den Gerichten – oft schwermacht, den richtigen Rechtsweg zu finden. Diese Geschäfte sind besonders aufwendig, müssen sie doch von Gesetzes wegen im Plenum behandelt werden. Besonders zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang Streitigkeiten zwischen Chefärzten und Spitalverbänden; die Rechtsbeziehungen zwischen den Parteien sind nicht nur mit Bezug auf die massgebende Rechtsordnung oft unbefriedigend geregelt. Die steuerrechtlichen Streitigkeiten (Ziff. 2 der Statistik) sind zahlenmässig etwas zurückgegangen, betreffen aber mehrheitlich ausserordentlich komplexe Fragen, deren Beantwortung grundsätzliche Bedeutung hat. Zugenommen haben dagegen erneut die aufwendigen Prozesse, die vom Verwaltungsgericht als einziger kantonaler Instanz zu beurteilen sind (Ziff. 3.1 der Statistik): 23 Klagen betreffen umstrittene Erschliessungskosten, und in nicht weniger als 10 Prozessen wurden Ansprüche aus dem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis geltend gemacht. Ein neuer Höchststand ist sodann bei den Neueingängen zu Ziffer 3.2 der Statistik (Beschwerden gegen letztinstanzliche Verwaltungsentscheide) zu verzeichnen (76). Diese Geschäfte verteilen sich wie folgt: 35 Baube-

1. Tribunal plénier

1.1 Aucun changement n'est intervenu parmi les juges permanents et non permanents du Tribunal administratif et des assurances.

1.2 Le Tribunal administratif et des assurances a élu le 22 mars 1983 M. Peter Flury comme greffier de chambre au Tribunal des assurances en remplacement de M. Charles-L. Wick qui a démissionné.

Pour ce qui est du personnel de chancellerie, on relèvera que M^{me} Monika Winkler a remplacé M^{me} Irene Breitenmoser le 1^{er} septembre 1983.

2. Tribunal administratif

2.1 Le nombre des affaires introduites en 1983 (193) a dépassé, certes dans une mesure restreinte, celui de l'exercice précédent qui constituait déjà un record (189). Parmi les nouveaux cas, 7 seulement provenaient du Jura bernois (affaires françaises) alors qu'on en avait enregistré 17 en 1982. Il convient de relever tout particulièrement la forte augmentation des conflits de compétence (ch. 1 de la statistique), c'est-à-dire des procès où est litigieuse la question de savoir s'ils sont du ressort de la juridiction civile ou administrative. Cette augmentation est une conséquence directe d'un ordre juridique toujours plus complexe empêchant souvent le citoyen – les tribunaux également – de déceler aisément la voie de droit exacte. L'examen de ces affaires demande beaucoup de temps. Elles doivent en outre être traitées de par la loi par le plénum. Il importe de mentionner dans ce contexte des litiges entre des chefs de clinique et des syndicats hospitaliers; les rapports juridiques entre les parties sont souvent réglés d'une manière qui n'est pas satisfaisante et ce non seulement en ce qui concerne la détermination du droit applicable. Les litiges en matière fiscale (ch. 2 de la statistique) ont quelque peu diminué mais portent dans leur majorité sur des questions particulièrement complexes dont la solution revêt une portée fondamentale. En revanche, les affaires que doit juger le Tribunal administratif, en qualité d'instance cantonale unique, ont à nouveau augmenté (ch. 3.1 de la statistique): 23 actions portant sur des frais de viabilisation contestés et 10 procès dans lesquels l'on faisait valoir des prétentions fondées sur un rapport de service de droit public. Il faut remarquer que le nombre des nouvelles affaires faisant l'objet du chiffre 3.2 de la statistique (recours contre des décisions administratives de dernière instance) a atteint un nouveau record (76). Ces pro-

schwerden, 4 Beschwerden betreffend forstliche Näherbaubewilligungen, 23 Beschwerden zum neuen Gastgewerbegesetz, 6 Beschwerden betreffend Stipendien, diverse: 8. Ausserordentlich stark zugenommen haben weiter die Anfechtungen von Entscheiden der Regierungsstatthalter gemäss Ziffer 3.3 der Statistik (26 gegenüber 10 im Vorjahr). Diese Streitigkeiten betrafen zur Hauptsache baupolizeiliche Wiederherstellungsverfügungen (12) und Klagen betreffend Gebühren (7). Zurückgegangen sind demgegenüber die enteignungsrechtlichen Streitigkeiten (Ziff. 3.5 der Statistik), namentlich diejenigen über behauptete materielle Enteignungen (10 gegenüber 17 im Vorjahr). Hier wirkt sich offensichtlich die strenge bundesgerichtliche Rechtsprechung aus. – Gesamthaft betrachtet hat sich das Schwergewicht der Neueingänge noch vermehrt auf jene Geschäfte verlagert, die aufwendige Instruktionsmassnahmen erfordern und von den vollamtlichen Richtern behandelt werden müssen.

2.2 Das Verwaltungsgericht konnte trotz der in Ziffer 2.1 hier vor dargestellten grossen Belastung 211 Geschäfte erledigen (gegenüber 197 im Vorjahr). Davon entfielen 8 auf die II. Kammer, welche die französischsprachigen Geschäfte aus dem Berner Jura beurteilt. Insgesamt konnten 73 Prozesse von den vollamtlichen Richtern als Einzelrichter erledigt werden, zumeist im Anschluss an Instruktionsverhandlungen, oft verbunden mit gerichtlichen Augenscheinen (Prozesserledigung ohne Urteil). In 13 Fällen urteilten die vollamtlichen Richter als Einzelrichter. Von den 138 der insgesamt 151 Urteile des Gerichts (inkl. 4 Urteile des Plenums) ergingen 85 gestützt auf Referate der vollamtlichen Richter. Damit konnte die Zahl der als unerledigt auf 1984 übertragenen Geschäfte auf insgesamt 93 (gegenüber 111 im Vorjahr) reduziert werden. Davon entfallen 62 auf Eingänge des Berichtsjahrs, vorwiegend aus der zweiten Jahreshälfte. Insbesondere die vordringlich zu behandelnden Beschwerdefälle gemäss Ziffer 3.2 der Statistik konnten einigermaßen zeitgerecht erledigt werden. Bei den Direktprozessen (Ziff. 3.1 der Statistik) konnte die Zahl der älteren Geschäfte stark abgebaut werden.

2.3 Im Jahre 1983 fanden zwei Plenarsitzungen und 24 Kammer-sitzungen statt. Die vollamtlichen Richter führten im Berichtsjahr ausserdem 24 Instruktions- und 30 Augenschein-verhandlungen durch, an welchen teilweise auch nebenamtliche Richter teilnahmen. Die Zahl der Instruktions- und Augenschein-verhandlungen ist erheblich geringer als im Vorjahr, weil teilweise ganze Fallgruppen gemeinsam behandelt werden konnten und die ausserordentlich grosse Geschäftslast die vollamtlichen Richter zwang, den Zeitaufwand für solche Verhandlungen auf das absolute Minimum zu beschränken. – Auch im Jahre 1983 hatte das Verwaltungsgericht über seinen Präsidenten zahlreiche Vernehmlassungen zu Gesetzes-, Dekrets- und Verordnungsentwürfen zu erstatten. Diese Stellungnahmen wurden im Einvernehmen mit den vollamtlichen Richtern – teilweise aufgrund von Beratungen an internen Sitzungen – ausgearbeitet. In der Statistik nicht erwähnt sind sodann auch die vielfältigen, gestützt auf Artikel 11 Absatz 2 VRPG durchgeführten Meinungs-austauschverfahren mit der Verwaltung und anderen Verwaltungsjustizbehörden. So wurden im Berichtsjahr beispielsweise in neun Fällen Parteieingaben aufgrund umfassender rechtlicher Abklärungen an das zuständige Justizorgan (in drei Fällen an das Schweizerische Bundesgericht) weitergeleitet. Angeführt seien in diesem Zusammenhang ferner die umfangreichen Korrespondenzen mit Verwaltungsstellen, Anwälten und rechtsuchenden Bürgern, die sich über die Zuständigkeitsordnung oder über den Stand der Rechtsprechung zu konkreten Fragen

cès se répartissent de la manière suivante: 35 recours en matière de construction, 4 recours concernant des permis de bâtir à proximité de forêts, 23 recours en rapport avec la nouvelle loi sur l'hôtellerie et la restauration, 6 recours en matière de bourses et 8 affaires diverses. Les recours contre les décisions préfectorales (ch. 3.3 de la statistique) ont également considérablement augmenté (26 contre 10 l'année précédente). Ces litiges concernaient principalement des décisions de rétablissement de l'état conforme à la loi en matière de police des constructions (12) et des émoluments contestés (7). Les litiges en matière d'expropriation (ch. 3.5 de la statistique) ont par contre diminué, notamment ceux dans lesquels une expropriation matérielle est alléguée (10 contre 17 l'année précédente). C'est là une répercussion manifeste de la jurisprudence très stricte du Tribunal fédéral en la matière. – Si l'on considère la situation dans son ensemble, l'on constate que, parmi les nouvelles affaires, celles qui nécessitent de nombreuses mesures d'instruction et qui doivent être traitées par les juges permanents constituent une grande majorité.

2.2 En dépit de la grande charge dépeinte ci-dessus sous chiffre 2.1, le Tribunal administratif a été en mesure de liquider 211 affaires (197 l'année précédente) au cours de l'exercice. Parmi celles-ci, 8 ont été jugées par la II^e chambre de langue française compétente pour statuer sur les litiges émanant du Jura bernois. 73 procès au total ont été liquidés par les juges permanents en qualité de juges uniques, en général à l'issue de séances d'instruction souvent combinées avec des inspections locales (procès liquidés sans jugements). Les juges permanents rendirent un arrêt en qualité de juge unique dans 13 cas. Sur les 138 jugements rendus au total par les chambres du Tribunal (les 4 arrêts du plénum compris), 85 l'ont été sur la base de rapports des juges permanents. Dès lors, le nombre des procès non liquidés à reporter sur 1984 a pu être réduit à 93 (111 l'année précédente) parmi lesquels 62 ont été introduits en 1983, principalement au cours du deuxième semestre. Les cas de recours selon chiffre 3.2 de la statistique, à traiter en priorité, ont pu pour une large part être liquidés dans des délais relativement brefs. S'agissant des procès directs (ch. 3.1 de la statistique), le nombre des plus anciennes affaires en suspens a pu être réduit dans une forte proportion.

2.3 En 1983, le Tribunal administratif a tenu deux séances plénières et 24 séances de chambres. Les juges permanents ont en outre pris part à 24 séances d'instruction et à 30 inspections locales auxquelles participèrent parfois également des juges non permanents. Le nombre des séances d'instruction et des inspections locales est sensiblement inférieur à celui de l'année précédente parce que certains groupes d'affaires ont pu être traités en commun et que le grand nombre de cas en suspens a contraint les juges permanents à limiter à un strict minimum le temps réservé à ces séances ou inspections. – En 1983, le Tribunal administratif, par l'intermédiaire de son président, a établi de nombreux préavis sur des projets de lois, de décrets ou d'ordonnances. Ces prises de position ont été établies d'entente avec les juges permanents, parfois lors de séances internes. Les très nombreuses procédures d'échanges d'opinion (fondées sur l'art. 11 al. 2 LJA) avec l'administration ou d'autres autorités de justice administrative ne figurent en outre pas dans la statistique. Par exemple, dans neuf cas, des requêtes de parties ont été transmises en cours d'exercice à l'organe judiciaire compétent (3 cas ont été adressés au Tribunal fédéral), une fois clarifiée dans le détail la situation juridique. Il convient encore de souligner dans ce contexte le nombreux courrier échangé avec des organes de l'administration, des avocats et des justiciables qui demandaient des renseignements en matière de compétence ou sur la jurisprudence applicable à des questions concrètes. Le temps consacré à ce genre de travail a également été impor-

informierten. Der entsprechende Zeitaufwand war auch im Berichtsjahr beträchtlich und musste zu einem guten Teil von den Urteilsredaktoren erbracht werden.

2.4 Die «Bernische Verwaltungsrechtsprechung» (BVR) und die «Neue Steuerpraxis» enthalten die grundsätzlichen Urteile des Verwaltungsgerichts aus dem Berichtsjahr, soweit sie nicht Gegenstand eines Rechtsmittelverfahrens beim Schweizerischen Bundesgericht bilden. Im Jahre 1983 hatte das Verwaltungsgericht insbesondere wiederum zahlreiche Grundsatzfragen aus dem öffentlichen Baurecht zu beurteilen (Bauten in der Landwirtschaftszone, Zulässigkeit von Planungseinsprachen, Anforderungen an das Verfahren zum Bau von Erschliessungsstrassen, Einsprachebefugnis im Baubewilligungsverfahren usw.). Das Gericht verfolgt mit grossem Interesse die Revision des kantonalen Baugesetzes in der Hoffnung, dass es dem Gesetzgeber gelingt, Mängel der geltenden Ordnung weitgehend zu beheben und das Verfahren zu vereinfachen. Was das auf den 1. Juli 1983 in Kraft gesetzte Gastgewerbegesetz anbelangt, so darf trotz der zahlreichen, im Berichtsjahr eingegangenen Beschwerden festgestellt werden, dass sich das neue Recht im grossen und ganzen zu bewähren scheint. Mit dem Inkrafttreten neuer Gesetze werden die Justizbehörden erfahrungsgemäss zusätzlich belastet, weil sowohl die Verwaltung als auch die Bürger ein legitimes Interesse an der justizmässigen Beantwortung grundsätzlicher Fragen haben.

2.5 Gegen 20 im Berichtsjahr eröffnete Urteile des Verwaltungsgerichts wurde beim Schweizerischen Bundesgericht Beschwerde erhoben. 18 Geschäfte waren bereits am 1. Januar 1983 beim Bundesgericht hängig. Dieses konnte im Berichtsjahr 24 Beschwerden beurteilen. Auf 8 Beschwerden trat das Bundesgericht nicht ein, 13 Beschwerden wies es ab, und 3 Beschwerden hiess es gut. Abgewiesen hat das Bundesgericht unter anderem die staatsrechtliche Beschwerde der Gemeinde Worb gegen ein Urteil des Präsidenten des Verwaltungsgerichts, der eine bestrittene Wasserzinsforderung wegen des zu hohen Nitratgehalts des gelieferten Wassers zu 10 Prozent kürzte. Gutgeheissen wurde vom Bundesgericht eine Verwaltungsgerichtsbeschwerde der Einwohnergemeinde Krattigen gegen das Urteil vom 15. Dezember 1980, mit dem das Verwaltungsgericht die Nichteinzonung eines Grundstücks als materielle Enteignung qualifiziert hatte. Das Bundesgericht hielt im Gegensatz zum Verwaltungsgericht dafür, dass der nicht eingezonten Parzelle kein Baulandcharakter eignete. Mit Urteil vom 5. Oktober 1983 hiess das Bundesgericht sodann eine staatsrechtliche Beschwerde der Einwohnergemeinde Sigriswil wegen Verletzung der Gemeindeautonomie gut; während das Verwaltungsgericht am 4. Februar 1980 das Bestehen einer hinreichenden Erschliessung bejaht und die nachgesuchte Baubewilligung erteilt hatte, entschied das Bundesgericht gegenteilig, wobei es den bernischen Gemeinden bei der Anwendung des kantonalen Rechts (Bauverordnung) verfassungsrechtlich geschützte Autonomie zubilligte. Dieses Urteil wirft für den Kanton Bern grundsätzliche Fragen zur Gemeindeautonomie im Baurecht auf, die bei Gelegenheit näherer Abklärung bedürfen. Bei der dritten Gutheissung sprach das Bundesgericht der kantonalen Erziehungsdirektion – anders als das Verwaltungsgericht – die Kompetenz ab, die stipendienberechtigten Ausbildungsgänge für freie künstlerische Tätigkeiten selbständig und für die Justizbehörden verbindlich zu ordnen. Gestützt auf dieses Urteil musste dem Bewerber ein Stipendium zur Ausbildung als Mime in Paris zugesprochen werden. – Am 1. Januar 1984 waren noch 18 Geschäfte beim Schweizerischen Bundesgericht hängig, darunter der bereits im Geschäftsbericht für 1982 erwähnte ARA-Subventionsfall.

tant en cours d'exercice, les rédacteurs des jugements y ayant contribué pour une large part.

2.4 Les arrêts de principe du Tribunal administratif rendus en 1983 ont été publiés dans la «Jurisprudence administrative bernoise» (JAB) et la «Neue Steuerpraxis» dans la mesure où ils n'ont pas été déférés au Tribunal fédéral. En 1983, le Tribunal administratif a dû à nouveau trancher de nombreuses questions de principe en matière de droit public des constructions (constructions dans la zone agricole, admissibilité d'oppositions en matière de planification, exigences de la procédure pour la construction de routes prévues dans une viabilisation, qualité pour faire opposition en procédure d'octroi du permis de bâtir, etc.). Le Tribunal suit avec le plus grand intérêt la révision de la loi cantonale sur les constructions dans l'espoir que le législateur parviendra à éliminer dans une large mesure les défauts du régime actuel et à simplifier la procédure. S'agissant de la loi sur l'hôtellerie et la restauration entrée en vigueur le 1^{er} juillet 1983, l'on peut constater que le nouveau droit semble donner satisfaction dans son ensemble et ce, en dépit des nombreux recours introduits en cours d'exercice. Il est notoire que l'entrée en vigueur de nouvelles lois entraîne une surcharge de travail pour les autorités judiciaires, l'administration et le citoyen ayant un intérêt légitime à ce que les tribunaux statuent sur des questions de principe.

2.5 20 jugements notifiés en cours d'exercice ont fait l'objet d'un recours au Tribunal fédéral. Le 1^{er} janvier 1983, 18 affaires étaient encore pendantes au Tribunal fédéral qui jugea 24 recours en 1983. Il déclara 8 recours irrecevables, en rejeta 13 et en admit 3. Le Tribunal fédéral rejeta notamment le recours de droit public formé par la commune de Worb contre un jugement du Président du Tribunal administratif qui réduisit de 10 pour cent une créance pour consommation d'eau, en raison du fait que cette eau avait une teneur en nitrate trop élevée. Le Tribunal fédéral admit par contre un recours de droit administratif de la commune municipale de Krattigen contre le jugement du 15 décembre 1980 par lequel le Tribunal administratif avait considéré que le fait de ne pas inclure un immeuble dans la zone à bâtir constituait une expropriation matérielle. Le Tribunal fédéral estima en revanche que la parcelle non englobée dans la zone ne revêtait pas le caractère d'un terrain à bâtir. Par arrêt du 5 octobre 1983, le Tribunal fédéral admit également un recours de droit public de la commune municipale de Sigriswil pour violation de l'autonomie communale; alors que le Tribunal administratif avait admis le 4 février 1980 que la viabilisation était suffisante et avait octroyé le permis de construire requis, le Tribunal fédéral en décida autrement en reconnaissant l'autonomie constitutionnelle des communes bernoises en cas d'application du droit cantonal (ordonnance sur les constructions). Cet arrêt soulève pour le canton de Berne des questions de principe sur l'autonomie communale en matière de droit des constructions, questions qui devront à l'occasion être examinées de plus près. Dans le troisième recours admis, le Tribunal fédéral – contrairement au Tribunal administratif – nia la compétence de la Direction cantonale de l'instruction publique pour déterminer souverainement, pour les activités artistiques libres, les voies de formation donnant droit à une bourse et ce de manière à lier les autorités judiciaires. Sur la base de cet arrêt, une bourse a dû être octroyée au requérant pour suivre une formation de mime à Paris. – Le 1^{er} janvier 1984, 18 procès étaient encore pendants au Tribunal fédéral, parmi lesquels le litige en matière de subventions cantonales aux STEP déjà mentionné dans le rapport de gestion de 1982.

3. Versicherungsgericht

3.1 Die Zahl der 1983 eingereichten Beschwerden hat nochmals zugenommen (1202 Fälle im Jahr 1982, 1273 im Jahr 1983). Die Mehreingänge beschlagen insbesondere Streitfälle betreffend die Arbeitslosenversicherung (1983: 589; 1982: 383), die Militärversicherung und die Krankenversicherung. Demgegenüber ist die Zahl der Streitigkeiten auf dem Gebiete der Invalidenversicherung und, in geringerem Ausmass, der Alters- und Hinterbliebenenversicherung etwas zurückgegangen. Der Rückgang invalidenversicherungsrechtlicher Beschwerdefälle ist auf den Umstand zurückzuführen, dass seit dem 1. Januar 1983 die Invalidenversicherungskommission gehalten ist, wenn sie einen für den Versicherten nachteiligen Beschluss ins Auge fasst, diesen davon in Kenntnis zu setzen und ihm Gelegenheit zu geben hat, sein Dossier einzusehen und zu seinem Fall Stellung zu nehmen (ZAK 1982, S. 440). Die Erfahrung zeigt, dass in recht vielen Fällen der Versicherte, gestützt auf die ihm vom Sekretariat der Invalidenversicherungskommission erteilten Erklärungen auf die Einreichung einer Beschwerde verzichtet.

Werden die von 1982 auf 1983 übertragenen Fälle (484) mitberücksichtigt, dann war das Versicherungsgericht 1983 mit insgesamt 1757 Fällen befasst, wovon 1234 abgeschlossen werden konnten. Es mussten aber etwas mehr Fälle auf 1984 übertragen werden als von 1982 auf 1983 (1983: 484 und 1984: 523). Das zeigt doch, dass es beim Versicherungsgericht bei der Fallerledigung zu Verzögerungen kommt. Auf alle Fälle wurde die Grenze einer eben noch annehmbaren Dauer der Erledigung der einzelnen Fälle erreicht.

Von den insgesamt 1234 Fällen wurden allein 971 (1982: 810) von den Kammerpräsidenten als Einzelrichter erledigt. Etwas weniger als 20 Prozent der Beschwerden wurden gutgeheissen, was bedeutet, dass knapp über 80 Prozent aller Beschwerden durch Abweisung, Nichteintreten oder Abschreibung zufolge Gegenstandslosigkeit oder Beschwerderückzug erledigt werden konnten.

Im Verlaufe des Jahres 1983 erledigte das Versicherungsgericht 478 nichtstreitige Geschäfte (1982: 464).

3.2 Bei den Neueingängen der französischsprachigen Geschäfte ist ein Zuwachs von 20 Fällen zu verzeichnen. Diese Neueingänge machen 12 Prozent aller im Geschäftsjahr anhängig gemachten Fälle aus. Die Zahl der erledigten Fälle erreicht 13 Prozent aller vom Versicherungsgericht erledigten Fälle. Was die Anwendung des Artikels 17 a der Staatsverfassung anbelangt, ist festzustellen, dass 25 Beschwerden (1982: 14) von im alten Kantonsteil wohnhaften Personen der französischsprachigen Kammer zugewiesen wurden. Demgegenüber wurde lediglich eine Beschwerde eines im Berner Jura wohnenden Bürgers einer deutschsprachigen Kammer zugewiesen.

3.3 Die Anzahl der 1983 durchgeführten Sitzungen ist mit 122 (1982: 121) fast gleich geblieben.

3.4 Im Berichtsjahr 1983 wurden dem Eidgenössischen Versicherungsgericht 90 (116 im Vorjahr) Verwaltungsgerichtsbeschwerden gegen Entscheide des Versicherungsgerichts unterbreitet. In ungefähr 7 Prozent aller ausgefallten Entscheide erfolgte somit ein solcher Weiterzug.

Ende 1982 waren noch 66 Verwaltungsgerichtsbeschwerden am Eidgenössischen Versicherungsgericht hängig. Es entschied im Verlaufe des Jahres 1983 insgesamt 114 Verwaltungsgerichtsbeschwerden gegen Urteile des Versicherungsgerichts. Das Eidgenössische Versicherungsgericht hiess 30 Verwaltungsgerichtsbeschwerden gut (worunter in 16 Fällen im Sinne einer Rückweisung der Akten an die Verwaltung zur näheren Abklärung); 84 Verwaltungsgerichtsbeschwer-

3. Tribunal des assurances

3.1 Le nombre des recours introduits en 1983 a encore augmenté (1202 cas en 1982, 1273 en 1983). Cette augmentation concerne avant tout les litiges ayant trait à l'assurance-chômage (1983: 589; 1982: 383), à l'assurance militaire et à l'assurance-maladie. Les litiges du domaine de l'assurance-invalidité et, dans une moindre mesure, de l'assurance-veilles et survivants sont en diminution. La diminution des procédures ayant trait à l'assurance-invalidité s'explique par le fait que dès le 1^{er} janvier 1983, lorsque la Commission AI se propose de rendre un prononcé défavorable à un assuré, elle doit en avertir celui-ci et lui donner l'occasion de consulter son dossier et de s'expliquer sur son cas (RCC 1982, p. 420). L'expérience démontre que, dans bien des cas, l'assuré renonce à recourir au vu des explications qui lui sont fournies par le secrétariat de la Commission AI.

Si l'on tient compte des affaires de 1982 reportées en 1983 (484), c'est 1757 affaires qui ont été pendantes devant le Tribunal des assurances en 1983, dont 1234 ont été liquidées. Les affaires reportées en 1984 sont supérieures à celles qui ont fait l'objet d'un report en 1983 (1983: 484 et 1984: 523). Ceci démontre que le Tribunal des assurances prend du retard dans la liquidation des procédures et qu'en tout cas il a atteint la limite de ce qui est tolérable pour que les procédures pendantes soient liquidées dans des délais acceptables. Les présidents de chambres ont à eux seuls liquidé 971 affaires (1982: 810) en qualité de juges uniques, sur un total de 1234 affaires liquidées. La proportion de recours admis est légèrement inférieure à 20 pour cent, ce qui signifie qu'un peu plus de 80 pour cent des recours ont été soit rejetés (390), soit déclarés irrecevables ou sans objet (618).

En 1983, le Tribunal des assurances a liquidé 478 affaires non contentieuses (1982: 464).

3.2 Le volume des affaires de langue française introduites en 1983 accuse une augmentation de 20 cas. Il représente le 12 pour cent de la totalité des affaires introduites durant cette année devant le Tribunal des assurances. Les affaires liquidées atteignent le 13 pour cent du total des affaires liquidées par le Tribunal des assurances. Pour ce qui est de l'application de l'article 17 a de la Constitution bernoise, 25 recours (1982: 14) formés par des personnes domiciliées dans l'ancien canton ont été attribués à une chambre de langue française, alors qu'un seul recours d'une personne domiciliée dans le Jura bernois a été attribué à une chambre de langue allemande.

3.3 Le nombre des séances est resté stable en 1983. Il a atteint 122 (1982: 121).

3.4 En 1983 le Tribunal fédéral des assurances a été saisi de 90 (116 en 1982) recours de droit administratif formés contre des jugements du Tribunal des assurances, soit environ 7 pour cent de la totalité des procédures liquidées en 1983 par le Tribunal des assurances.

A fin 1983, 66 recours étaient encore pendants devant le Tribunal fédéral des assurances. En 1983 ce Tribunal a liquidé 114 recours contre des jugements du Tribunal des assurances. Le Tribunal fédéral des assurances a admis 30 recours (dont 16 avec renvoi du dossier à l'administration pour complément d'instruction) et en a rejeté, déclaré irrecevables ou sans objet: 84.

den wurden entweder abgewiesen, durch Nichteintreten erledigt oder als gegenstandslos geworden abgeschrieben.

3.5 Gesetzesrevisionen

Die wichtigsten der auf den 1. Januar 1983 in Kraft getretenen Neuerungen und Änderungen der Sozialversicherungen – soweit in die Spruchkompetenz des Versicherungsgerichts fallend – sind folgende:

Einmal traten auf den 1. Januar 1983 Änderungen der ELVK in Kraft, beschlagend den Abzug von Krankheits- und Hilfsmittelkosten bei den Ergänzungsleistungen zur AHV/IV.

Auf den 1. Januar 1983 traten auch Änderungen in der Arbeitslosenversicherung in Kraft, so insbesondere das Kapitel des neuen BG über die obligatorische Arbeitslosenversicherung (AVIG) über die Insolvenzentschädigung. Dabei geht es grundsätzlich um eine neue Leistungsart der Arbeitslosenversicherung, nämlich bestehend in der Bezahlung der Lohnschulden an Arbeitnehmer an Stelle des insolvent gewordenen Arbeitgebers (VO vom 6. 12. 1982). Auf dasselbe Datum hin wurde auch der bei der Arbeitslosenversicherung und der obligatorischen Unfallversicherung höchstversicherbare Jahreslohn von bisher 46 000 Franken neu auf 69 600 Franken festgelegt (Änderung des AIVB vom 25. 6. 1982; Änderung des KUVG vom 25. 6. 1982 und VO vom 8. 10. 1982).

Ebenfalls ab 1. Januar 1983 gilt eine Neuregelung hinsichtlich der Anrechnung von Tagen, an denen der Versicherte arbeitslos war, an die 150 Tage einer beitragspflichtigen Beschäftigung, deren Nachweis eine unerlässliche Voraussetzung zum Taggeldbezug ist. Statt wie bisher 50 solche Tage sind für gewisse Versicherte neu anzurechnen 75 Tage, insbesondere wenn der Versicherte das 55. Altersjahr zurückgelegt oder älter ist, und 100 Tage, wenn der Versicherte das 60. Altersjahr zurücklegt oder älter ist (VO des EVD vom 15. 12. 1982).

Mit VO vom 17. August 1983, rückwirkend auf den 1. August 1983 in Kraft gesetzt, wurde die Höchstzahl der Taggelder, die ein Arbeitsloser im Kalenderjahr beziehen kann, erhöht auf 210 für die ganze Schweiz und auf 240 für in einer als wirtschaftlich bedroht geltenden Region wohnende Versicherte (im Kanton Bern: Berner Jura sowie die Amtsbezirke Biel und Büren mit Ausnahme von fünf Gemeinden im letztgenannten Amtsbezirk).

4. Schiedsgericht KUVG

Zurzeit sind elf Fälle bei diesem Gericht hängig. Im Jahre 1983 wurden sechs neue Fälle anhängig gemacht. Von den übrigen fünf Fällen stammen einer aus dem Jahre 1981 und zwei aus dem Jahre 1982. Zwei weitere Fälle betreffen Angelegenheiten, über die dieses Gericht bereits 1979 einmal urteilte. Die gegen diese Urteile eingereichten Verwaltungsgerichtsbeschwerden hiess das Eidgenössische Versicherungsgericht teilweise gut und wies die Fälle zur Neuurteilung an das Schiedsgericht zurück.

Die meisten dieser Verfahren sind sowohl in tatbeständlicher wie in rechtlicher Hinsicht ausserordentlich kompliziert, und ihre Erledigung erheischt einen beträchtlichen Arbeitsaufwand.

Bern, 13. Februar 1984

Im Namen des Verwaltungs- und Versicherungsgerichts

Der Präsident: *Bosshart*
Der Gerichtsschreiber: *Wicht*

3.5 Révision de la législation

Les principales innovations et modifications des assurances sociales entrées en vigueur en 1983 – dans le domaine des assurances soumises à la juridiction du Tribunal des assurances – sont les suivantes:

Le 1^{er} janvier sont entrées en vigueur des modifications de l'OMPC relatives à la déduction de frais de maladie et de dépenses faites pour des moyens auxiliaires en matière de prestations complémentaires AVS/AI.

C'est aussi le 1^{er} janvier que sont entrées en vigueur des modifications de l'assurance-chômage, notamment le chapitre de la nouvelle LF sur l'assurance-chômage obligatoire (LACI) relatif à l'indemnité en cas d'insolvabilité. Il s'agit essentiellement d'une nouvelle prestation de l'assurance-chômage consistant dans le paiement des créances de salaire des employés et ouvriers en lieu et place de l'employeur devenu insolvable (OCF du 6 décembre 1982). A la même date les limites maximales du gain assuré par l'assurance-chômage et l'assurance-accidents ont été relevées de 46 000 francs par an à 69 600 francs par an (AAC: modification du 25 juin 1982, LAMA; modification du 25 juin 1982 et OCF du 8 octobre 1982).

Toujours le 1^{er} janvier 1983, les 50 jours durant lesquels un assuré était au chômage, qui entrent en ligne de compte pour justifier d'une activité soumise à cotisations de 150 jours – condition nécessaire à l'octroi d'indemnités de chômage –, ont été prolongés à 75 jours pour certains assurés, notamment pour les assurés ayant 55 ans révolus et plus, et à 100 jours pour les assurés ayant 60 ans révolus et plus (ODFEP du 15 décembre 1982).

Par ordonnance du CF du 17 août 1983, entrée rétroactivement en vigueur le 1^{er} août 1983, le nombre des indemnités journalières qu'un chômeur peut obtenir durant une année civile a été augmenté à 210 pour toute la Suisse et à 240 pour les assurés habitant dans l'une des régions réputées économiquement menacées (dans le canton de Berne: Jura bernois, les districts de Bienne et de Büren, à l'exception de cinq communes pour ce dernier).

4. Tribunal arbitral de la LAMA

Sont actuellement pendantes onze affaires devant ce Tribunal. En 1983, six nouvelles affaires ont été introduites. Parmi les cinq autres affaires, une a été introduite en 1981, deux en 1982 et deux concernent des affaires jugées par ce Tribunal en 1979 qui ont fait l'objet de recours de droit administratif au Tribunal fédéral des assurances, lequel a renvoyé ces deux cas au Tribunal arbitral pour nouveau jugement après qu'il ait admis partiellement les recours.

La plupart de ces procédures sont extraordinairement compliquées en fait et en droit, et demandent un travail considérable pour être menées à terme.

Berne, le 13 février 1984

Au nom du Tribunal administratif et des assurances

Le président: *Bosshart*
Le greffier: *Wicht*

Verwaltungsgericht
Steuer- und verwaltungsrechtliche Streitsachen 1983Tribunal administratif
Litiges de droit fiscal et administratif en 1983

	1 Vom Vor- jahr 1982 über- nommen <i>Affaires</i> <i>pendantes</i> <i>depuis</i> <i>1982</i>	2 1983 ein- gelangt <i>Affaires</i> <i>introduites</i> <i>en 1983</i>	3 Total <i>Total</i>	4 Zuge- sprochen <i>De-</i> <i>mandes</i> <i>adju-</i> <i>gées</i>	5 Abge- wiesen <i>De-</i> <i>mandes</i> <i>écar-</i> <i>tées</i>	6 Nicht ein- treten <i>Non</i> <i>entrée</i> <i>en</i> <i>matière</i>	7 Beurteilt <i>Affaires</i> <i>jugées</i>	8 Abstand Rückzug Gegen- standslos Vergleich <i>Retrait</i> <i>sans objet,</i> <i>transac-</i> <i>tion dési-</i> <i>stement</i>	9 Total erledigt <i>Total des</i> <i>affaires</i> <i>liquidées</i>	10 Unerledigt auf 1984 über- tragen <i>Affaires non</i> <i>encore vidées à</i> <i>la fin de l'année</i>	
1. Kompetenzkonflikte		7	7	3	1		4	3	7		1. Conflits de compétence
2. Steuerrechtliche Streitigkeiten											2. Litiges de droit fiscal
2.1 Beschwerden gegen Ent- scheide der Rekurskommis- sion auf dem Gebiete der direkten Staats- und Gemeindesteuern											2.1 Pourvois contre des décisions de la Commis- sion de recours en matière d'impôts directs de l'Etat et des communes
2.1.1 Verwaltungsgericht	14	23	37	5	22		27		27	10	2.1.1 Tribunal administratif
2.1.2 Einzelrichter											2.1.2 Juge unique
2.2 Beschwerden in Erbschafts- und Schenkungssteuersachen											2.2 Pourvois en matière de taxe des successions et donations
2.2.1 Verwaltungsgericht	8	8	16	3	3		6		6	5	2.2.1 Tribunal administratif
2.2.2 Einzelrichter								5	5		2.2.2 Juge unique
2.3 Beschwerden betreffend Bestimmung des Veranla- gungsortes und Bemessung der Steueranteile der Gemeinden (Art. 106 und 204 StG)											2.3 Pourvois concernant la fixation du lieu de taxation et le calcul des parts d'impôts des communes (art. 106 et 204 LI)
2.3.1 Verwaltungsgericht	1	1	2	1			1		1		2.3.1 Tribunal administratif
2.3.2 Einzelrichter								1	1		2.3.2 Juge unique
2.4 Weiterziehungen von Entscheiden des Regierungs- statthalters betreffend besondere Gemeindesteuern											2.4 Recours contre des décisions du préfet con- cernant certains impôts communaux
2.4.1 Verwaltungsgericht											2.4.1 Tribunal administratif
2.4.2 Einzelrichter											2.4.2 Juge unique
2.5 Andere Streitigkeiten (Handänderungsabgabe, Motorfahrzeugsteuer usw.)											2.5 Autres litiges fiscaux (droits de mutation, taxe des véhicules à moteur, etc.)
2.5.1 Verwaltungsgericht		1	1	1			1		1		2.5.1 Tribunal administratif
2.5.2 Einzelrichter											2.5.2 Juge unique
3. Verwaltungsrechtliche Streitigkeiten											3. Litiges de droit administratif
3.1 Als einzige kantonale Urteilsinstanz											3.1 Comme instance cantonale unique
3.1.1 Verwaltungsgericht	35	34	69	2	5		7		7	28	3.1.1 Tribunal administratif
3.1.2 Einzelrichter				4		1	5	29	34		3.1.2 Juge unique
3.2 Beschwerden gegen Verwaltungsentscheide											3.2 Recours contre des décisions administratives
3.2.1 Verwaltungsgericht	25	76	101	24	43		67		67	24	3.2.1 Tribunal administratif
3.2.2 Einzelrichter						3	3	7	10		3.2.2 Juge unique
3.3 Weiterziehen von Entscheiden des Regierungsstatthalters											3.3 Recours contre des décisions préfectorales
3.3.1 Verwaltungsgericht	10	26	36	3	9		12		12	15	3.3.1 Tribunal administratif
3.3.2 Einzelrichter				1	2		3	6	9		3.3.2 Juge unique
3.4 Beschwerden gegen Entscheide der kantonalen Bodenverbesserungs- kommission											3.4 Recours contre des décisions de la Commis- sion cantonale des amélio- rations foncières
3.4.1 Verwaltungsgericht	3	1	4		1		1		1	2	3.4.1 Tribunal administratif
3.4.2 Einzelrichter								1	1		3.4.2 Juge unique
3.5 Beschwerden gegen Entscheide der Schatzungs- kommissionen in Enteig- nungssachen											3.5 Recours contre des décisions de la Commis- sion d'estimation en matière d'expropriation
3.5.1 Verwaltungsgericht	15	10	25	7	3		10		10	9	3.5.1 Tribunal administratif
3.5.2 Einzelrichter				1			1	5	6		3.5.2 Juge unique
3.6 Weiterziehung von Verfügungen betreffend vorsorgliche Massnahmen											3.6 Recours contre des décisions concernant des mesures provisionnelles
3.6.1 Verwaltungsgericht											3.6.1 Tribunal administratif
3.6.2 Einzelrichter											3.6.2 Juge unique
Total	111	187	298	55	89	4	148	57	205	93	Total

Verwaltungsgericht
Steuer- und verwaltungsrechtliche Streitsachen 1983Tribunal administratif
Litiges de droit fiscal et administratif en 1983

	1 Vom Vorjahr 1982 über- nommen <i>Affaires pendantes depuis 1982</i>	2 1983 ein- gelangt <i>Affaires introduites en 1983</i>	3 Total <i>Total</i>	4 Zuge- sprochen <i>De- mandes adju- gées</i>	5 Abge- wiesen <i>De- mandes écar- tées</i>	6 Nicht ein- treten <i>Non entrée en matière</i>	7 Beurteilt <i>Affaires jugées</i>	8 Abstand Rückzug Gegen- standslos <i>Retrait sans objet, transaction dési- stement</i>	9 Total erledigt <i>Total des affaires liquidées</i>	10 Unerledigt auf 1984 über- tragen <i>Affaires non encore vidées à la fin de l'année</i>	
Übertrag	111	187	298	55	89	4	148	57	205	93	A reporter
3.7 Weiterziehungen von Entscheiden der Jugendgerichte betreffend Vollzugskosten											3.7 Recours contre des décisions des Tribunaux de mineurs (frais d'exécution)
3.7.1 Verwaltungsgericht		3	3		1		1		1		3.7.1 Tribunal administratif
3.7.2 Einzelrichter								2	2		3.7.2 Juge unique
3.8 Prozessbeschwerden											3.8 Prises à partie
3.8.1 Verwaltungsgericht		2	2		1		1		1		3.8.1 Tribunal administratif
3.8.2 Einzelrichter								1	1		3.8.2 Juge unique
3.9 Gesuche um neues Recht											3.9 Requêtes en vue de bénéficier d'un nouveau droit
3.9.1 Verwaltungsgericht		1	1								3.9.1 Tribunal administratif
3.9.2 Einzelrichter						1	1		1		3.9.2 Juge unique
Total	111	193	304	55	91	5	151	60	211	93	Total

Versicherungsgericht
1. Sozialversicherungsrechtliche Streitsachen 1983Tribunal des assurances
1. Litiges découlant des assurances sociales en 1983

	1 Vom Vorjahr 1982 über- nommen <i>Affaires reprises de l'année 1982</i>	2 1983 ein- gelangt <i>Affaires introduites en 1983</i>	3 Total <i>Total</i>	4 Zuge- sprochen <i>Demands adjudgées</i>	5 Abgewiesen <i>Demands rejetées</i>	6 Nichtein- treten <i>Non entrée en matière</i>	7 Beurteilt <i>Affaires jugées</i>	8 Rückzug Gegen- standslos <i>Retrait, sans objet, transaction, désistement</i>	9 Total erledigt <i>Total des affaires liquidées</i>	10 Unerledigt auf 1983 übertragen <i>Affaires non encore vidées à la fin de l'année</i>	
AHV VG ER	40	91	131	17 2	17 7	5	48	45	93	38	AVS TA JU
IV VG ER	224	384	608	55 36	73 105	21	290	128	418	190	AI TA JU
FL VG ER		1	1					1	1		AFA TA JU
EO VG ER		2	2			1	1	1	2		APG TA JU
KFZ VG ER	1	6	7	2	1		3		3	4	AF TA JU
KV VG ER	33	90	123	5 3	9 9	4	30	52	82	41	AMAL TA JU
EL zu AHV/IV VG ER	22	42	64	2 1	10 5		18	37	55	9	PC à L'AVS/AI TA JU
SUVA VG ER	42	58	100	1	24	3	28	26	54	46	CNA TA JU
EMV VG ER	5	10	15	1	2		3	2	5	10	AM TA JU
AIV VG ER	117	589	706	15 86	29 99	1 52	282	239	521	185	AC TA JU
Total	484	1273	1757	226	390	87	703	531	1234	523	Total

2. Nicht Streitige Geschäfte 1983

Affaires non contentieuses en 1983

	1 Vom Vorjahr 1982 über- nommen <i>Affaires reprises de l'année 1982</i>	2 1983 ein- gelangt <i>Affaires introduites en 1983</i>	3 Total erledigt <i>Total des affaires liquidées</i>	4 Unerledigt auf 1984 übertragen <i>Affaires non encore vidées à la fin de l'année</i>
			478	478

